

6. Eltern des/der Einbürgerungsbewerbers/in

<input type="checkbox"/> leiblicher Vater <input type="checkbox"/> Adoptivvater		
Familienname, ggf. Geburtsname		Vorname/n
Geburtsdatum	Geburtsort/Land	Staatsangehörigkeit/en
aktueller oder letzter Wohnort		
verstorben <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, am		

<input type="checkbox"/> leibliche Mutter <input type="checkbox"/> Adoptivmutter		
Familienname, ggf. Geburtsname		Vorname/n
Geburtsdatum	Geburtsort/Land	Staatsangehörigkeit/en
aktueller oder letzter Wohnort		
verstorben <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, am		
Datum und Ort der Eheschließung der Eltern am _____ in (Ort, Staat)		

7. Straftaten, Ermittlungsverfahren (im In- und Ausland)

nein ja, Angaben auf einem **gesonderten Blatt** zu Tatbestand, Strafmaß, verurteilendem Gericht/Behörde und Datum der Verurteilung. Fügen Sie eine Kopie des entsprechenden vollständigen Urteils bei. **Die Aufklärungspflicht über Straftaten obliegt dem Einbürgerungsbewerber.**

HINWEIS: Wer unrichtige oder unvollständige Angaben zu wesentlichen Voraussetzungen der Einbürgerung macht wird gemäß § 42 Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG) mit Freiheitsstrafe bis zu 5 Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

8. Erworbene Sprachkenntnisse

ja, nachgewiesen durch Zertifikat B1 oder höher des europäischen Referenzrahmens

(z.B. Telc-Zertifikat oder zertifiziert durch das Goetheinstitut)

ja, nachgewiesen durch _____

(z.B. erfolgreicher Schulbesuch, abgeschlossene Berufsausbildung oder abgeschlossenes deutschsprachiges Studium im Bundesgebiet)

9. Erworbene Kenntnisse über die Lebensverhältnisse in Deutschland

ja, nachgewiesen durch Zertifikat "Einbürgerungstest" oder Zertifikat "Leben in Deutschland"

ja, nachgewiesen durch deutschen Schulabschluss oder Hochschulabschluss der Rechts- o. Verwaltungswissenschaften in Deutschland

10. Wirtschaftliche Verhältnisse

Der Lebensunterhalt wird bestritten durch

eigenes Erwerbseinkommen

Unterhaltsleistungen (z.B. durch Ehepartner/in)

sonstige Einkünfte

Bei unselbständig Beschäftigten:

Wie hoch ist das durchschnittliche monatliche Bruttoeinkommen? €

Bei Selbstständigen oder freiberuflich tätigen Personen:

Wie hoch ist Ihr jährlicher Gesamtbetrag der Einkünfte? €

Bei Schülern bzw. Studierenden:

Wie hoch ist Ihr monatliches Einkommen (z.B. BAföG, Unterhalt)? €

Bei Sicherstellung des Lebensunterhaltes durch den/die Ehepartner/in:

Wie hoch ist das monatliche Bruttoeinkommen? €

10.1. Sonstige Angaben zu wirtschaftlichen Verhältnissen

Haben Sie in den letzten 24 Monaten Arbeitslosengeld I, Arbeitslosengeld II oder Grundsicherung nach SGB XII bezogen?	
<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja, Zeitraum: _____
Bestehen monatliche Unterhaltsverpflichtungen?	
<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja, in welcher Höhe? _____ €
Bestehen Unterhaltsrückstände?	
<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja, in welcher Höhe? _____ €
Bestehen Steuerrückstände?	
<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja, in welcher Höhe? _____ €
Sind Sie im Schuldnerverzeichnis eines Amtsgerichts eingetragen (z.B. Privatinsolvenz)?	
<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja, nähere Angaben: _____
sonstige Angaben über Einkommen? (z.B. Wohngeld, Kindergeldzuschlag, Elterngeld)	
	_____ €
Wie hoch ist Ihre monatliche Miete mit Nebenkosten (Warmmiete z.B. Gas/Öl)?	
	_____ €

11. Sonstiges

Haben Sie bereits zu einem früheren Zeitpunkt die Einbürgerung in Deutschland beantragt?	
<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja, wann und bei welcher Behörde? _____
<input type="checkbox"/> Antrag wurde abgelehnt	<input type="checkbox"/> Antrag wurde zurückgenommen

Datenschutzrechtlicher Hinweis

Die im Antrag gemachten Angaben beruhen auf dem Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG) bzw. § 21 des Gesetzes über die Rechtsstellung heimatloser Ausländer (HAG). Die Daten werden nach der DSGVO sowie des Bundesdatenschutzgesetzes i. V. mit den einschlägigen landesrechtlichen Datenschutzvorschriften sowie nach Maßgabe des StAG bzw. HAG erhoben. Die im Antrag verlangten Angaben benötigt die Behörde zur Bearbeitung des Antrags. Eine sachgerechte Bearbeitung des Antrags ist nur möglich, wenn Sie die dazu erforderlichen Angaben machen.

Richtigkeit der Angaben

Ich/Wir versichern die Richtigkeit der vorstehenden Angaben. Ich/Wir haben Kenntnis, dass falsche oder unrichtige Angaben zur Ablehnung, Rücknahme oder Widerruf der Einbürgerung führen können. **Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, Änderungen der maßgebenden persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse während der Dauer des Einbürgerungsverfahrens unverzüglich mitzuteilen.**

Verwaltungsgebühr

Mir/Uns ist bekannt, dass für die Einbürgerung oder für ihre Ablehnung oder für die Rücknahme des Antrags eine Verwaltungsgebühr zu bezahlen ist. Die Gebühr beträgt im Falle der **Einbürgerung und Ablehnung 255,00 €**, für die Miteinbürgerung von Kindern unter 16. Jahren ohne eigenes Einkommen im Sinne des Einkommenssteuergesetzes, 51,00 €. Bei einer **Rücknahme Ihres Antrages beträgt die Gebühr 150,00 €**.

Einwilligung

Im Rahmen des Einbürgerungsverfahrens bin ich/sind wir damit einverstanden, dass Auskünfte über mich/uns bei den Leistungsträgern nach dem Sozialgesetzbuch II oder XII, bei der Arbeitsagentur und beim Jugendamt eingeholt werden dürfen. Ferner bin ich/sind wir mit der Auskunftseinholung bei den Finanzbehörden über Steuerklasse, Einkommensverhältnisse etc., einschließlich etwaiger Steuerstrafverfahren, sowie mit der Auskunftserteilung durch die Amtsgerichte aus dem Schuldner- und Insolvenzverzeichnis und der Einsichtnahme in eventuell vorhandene Unterlagen einverstanden. Gleiches gilt für etwaige Ermittlungen zum Ausgang staatsanwaltschaftlicher oder gerichtlicher Strafverfahren

Beziehung der Ausländerakte

Zur Prüfung der Einbürgerungsvoraussetzungen ist die Beziehung der Ausländerakte des Einbürgerungsbewerbers/der Einbürgerungsbewerberin erforderlich. Hierzu wird hiermit ausdrücklich eingewilligt.

Aktive Mitwirkung am Einbürgerungsverfahren

Ich verpflichte mich zur aktiven Mitwirkung am Einbürgerungsverfahren.

12. Unterschriften

Antrag muss ab dem 16. Lebensjahr selbst unterschrieben werden.

Mannheim, den _____

Unterschrift des/der Einbürgerungsbewerbers/in _____

Einbürgerung von minderjährigen Kindern unter 16 Jahren

Ich/Wir beantrage(n) hiermit die Einbürgerung unseres Kindes.

Mannheim, den _____

Unterschrift des gesetzlichen Vertreters:

Mutter: _____

Vater: _____

**Unterrichtung über die sicherheitsmäßige Überprüfung im Einbürgerungsverfahren
(§ 3 Absatz 4 Landesverfassungsschutzgesetz - LVSG)**

Die Einbürgerung ist ausgeschlossen, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafürsprechen, dass der/die Ausländer/in Bestrebungen verfolgt oder unterstützt oder dies in der Vergangenheit getan hat, die

- gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtet sind oder
- gegen den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder
- eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes oder ihrer Mitglieder zum Ziele haben oder
- durch die Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden (vgl. § 11 Satz 1 Nr. 1 StAG)

Die Einbürgerung ist auch dann ausgeschlossen, wenn Tatsachen die Schlussfolgerung rechtfertigen, dass der/die Ausländer/in einer Vereinigung angehört oder angehört hat, die den Terrorismus unterstützt oder eine derartige Vereinigung unterstützt oder unterstützt hat oder wenn sich der Ausländer bei der Verfolgung politischer Ziele an Gewalttätigkeiten beteiligt oder öffentlich zur Gewaltanwendung aufruft oder damit droht. (vgl. § 11 Satz 1 Nr. 2 StAG in Verbindung mit § 54 Absatz 1 Nr. 2 oder 4 des AufenthG)

Daher wird bei jeder Einbürgerung eine sicherheitsmäßige Überprüfung aller Antragsteller und Antragstellerinnen durchgeführt, die das 16. Lebensjahr vollendet haben (§ 37 Absatz 2 Satz 1 StAG).

Die sicherheitsmäßige Überprüfung erfolgt unter Mitwirkung des Landesamts für Verfassungsschutz. Zu diesem Zweck teilt die Einbürgerungsbehörde dem Landesamt für Verfassungsschutz folgende Personalien mit: Name, Vorname(n), Staatsangehörigkeit(en), Geburtsdatum, -ort und -land, Geschlecht, jetzige und frühere Wohnanschriften der letzten 8 Jahre.

Das Landesamt für Verfassungsschutz wertet etwa vorhandenes eigenes Wissen und das Wissen anderer inländischer Sicherheitsbehörden (Bundesnachrichtendienst, Bundesamt für Verfassungsschutz, Verfassungsschutzbehörden anderer Bundesländer) aus. Weitergehende Ermittlungen werden vom Landesamt für Verfassungsschutz nicht durchgeführt.

Wenn das Landesamt für Verfassungsschutz nach der Auswertung feststellt, dass über Sie Erkenntnisse vorhanden sind, die Ihre Einbürgerung ausschließen könnten, teilt das Landesamt für Verfassungsschutz die zugrundeliegenden Erkenntnisse dem Innenministerium Baden-Württemberg mit.

Gelangt das Innenministerium zu der Auffassung, dass die mitgeteilten Erkenntnisse die Ablehnung Ihrer Einbürgerung rechtfertigen, werden Sie von der Einbürgerungsbehörde vor der Ablehnung Ihres Einbürgerungsantrags hierzu angehört.

Sofern dem Landesamt für Verfassungsschutz oder anderen inländischen Sicherheitsbehörden keine Erkenntnisse über Sie vorliegen, werden die von der Einbürgerungsbehörde mitgeteilten Daten nicht gespeichert.

Liegen dagegen dem Landesamt für Verfassungsschutz oder einer anderen inländischen Sicherheitsbehörde Erkenntnisse über Sie vor, wird ein Hinweis auf die durchgeführte Überprüfung in das nachrichtendienstliche Informationssystem des Bundes und der Länder (NADIS) sowie in das Datenbanksystem des Landesamts für Verfassungsschutz aufgenommen, damit das Innenministerium unterrichtet werden kann, wenn weitere Erkenntnisse über Sie anfallen.

Das Landesamt für Verfassungsschutz wird vom Abschluss Ihres Einbürgerungsverfahrens verständigt. Werden dem Landesamt für Verfassungsschutz danach neue Erkenntnisse über Sie bekannt, wird, sofern diese Erkenntnisse es zulassen, das Innenministerium informiert, um Ihre Einbürgerung zurückzunehmen.

Erklärung

Ich habe die vorstehende Unterrichtung über meine sicherheitsmäßige Überprüfung durch das Landesamt für Verfassungsschutz zur Kenntnis genommen.

Datum:

.....

(Unterschrift)

(Name in Druckbuchstaben)

Merkblatt zur Verfassungstreue und Absage an alle Formen des Extremismus

Familienname, Vorname/n	Geburtstag und -ort:
-------------------------	----------------------

Sehr geehrte Dame,
sehr geehrter Herr,

mit der Beantragung Ihrer Einbürgerung streben Sie an, die deutsche Staatsangehörigkeit zu erwerben. Das deutsche Volk, zu dem Sie dann gehören, hat sich zur Festlegung der gemeinsamen Werte und seiner staatlichen Ordnung eine Verfassung - das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland - gegeben, die über allen anderen Rechtsnormen steht und von allen Deutschen als unverbrüchlich anzuerkennen ist.

- Das Staatsangehörigkeitsgesetz verlangt daher als Voraussetzung für jede Einbürgerung ein Bekenntnis zur **freiheitlichen demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes sowie zur**
- **besonderen historischen Verantwortung Deutschlands für die nationalsozialistische Unrechtsherrschaft und ihre Folgen, insbesondere für den Schutz jüdischen Lebens, sowie zum friedlichen Zusammenleben der Völker und dem Verbot der Führung eines Angriffskrieges.**
- Weiter müssen Sie erklären, dass Sie keine **extremistischen Bestrebungen verfolgen oder unterstützen**. Sofern Sie das früher getan haben, müssen Sie glaubhaft machen, dass Sie sich inzwischen von derartigen Bestrebungen **abgewandt** haben.
- Schließlich müssen Sie vor der Aushändigung der Einbürgerungsurkunde **feierlich erklären, dass Sie das Grundgesetz und die Gesetze der Bundesrepublik Deutschland achten** und alles unterlassen werden, was ihr schaden könnte.

Informationen über das Grundgesetz, die freiheitliche demokratische Grundordnung, das jüdische Leben in Deutschland, das Existenzrecht des Staates Israel und Antisemitismus - gehören zu den Kenntnissen über die Rechts- und Gesellschaftsordnung unseres Landes, über die deutsche Staatsangehörige grundsätzlich verfügen sollen. Das Merkblatt fasst die wichtigsten Gesichtspunkte zusammen, die Ihnen gegenwärtig sein sollten, wenn Sie die genannten Erklärungen abgeben.

1. Die freiheitliche demokratische Grundordnung

Die im Grundgesetz verankerte freiheitliche demokratische Grundordnung ist die Grundlage für das friedliche Zusammenleben der Menschen in der Bundesrepublik Deutschland. Sie beschreibt eine Staatsform, die keine Gewalt- und Willkürherrschaft kennt; sie ist eine rechtsstaatliche Ordnung auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts des Volkes nach dem Willen der jeweiligen Mehrheit, die den Schutz der Menschenwürde, der Freiheit und Gleichheit als oberste Ziele anerkennt.

Zu den grundlegenden Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung zählen:

1.1 Demokratie und Volkssouveränität

Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird durch Abstimmungen, allgemeine, unmittelbare, freie, gleiche und geheime Wahlen und durch besondere Organe der Gesetzgebung (Parlamente), der Rechtsprechung (Gerichte) und Verwaltung (Behörden) ausgeübt.

1.2 Rechtsstaatlichkeit

Die Parlamente sind an die verfassungsmäßige Ordnung gebunden, Gerichte und Behörden an Recht und Gesetz.

1.3 Recht auf eine parlamentarische Opposition

Die in den Parlamenten vertretenen Parteien, die nicht an der Regierung beteiligt sind, stellen die Opposition dar; sie bildet das politische Gegengewicht zur Regierung und hat die Aufgabe, sie zu kontrollieren.

1.4 Verantwortlichkeit und Ablösbarkeit der Regierung

Die Regierung ist dem Parlament für ihre Tätigkeit rechenschaftspflichtig und verantwortlich; sie kann durch das Parlament abgelöst werden.

1.5 Unabhängigkeit der Gerichte

Die Gerichte sind unabhängig. Sie können von Regierungen oder Parlamenten nicht kontrolliert werden. Die Richterinnen und Richter sind nur dem Gesetz und ihrem Gewissen bei der Rechtsanwendung verpflichtet.

1.6 Ausschluss jeder Gewalt- und Willkürherrschaft

Gewalt und Willkür sind der freiheitlichen demokratischen Grundordnung fremd. Dort, wo ausnahmsweise Gewalt angewendet werden muss, ist dies durch ausdrückliche gesetzliche Regelungen unter Beachtung des Verhältnismäßigkeitsprinzips angeordnet und staatlichen Organen vorbehalten.

1.7 Menschenrechte, wie sie im Grundgesetz und der Verfassung des Landes Baden-Württemberg konkretisiert sind

Die Achtung vor den Menschenrechten ist ein Stützpfiler der freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Dazu gehört vor allem das Recht der Persönlichkeit auf Leben und Entfaltung.

1.8 Garantie der Menschenwürde und Gleichheit vor dem Gesetz

Antisemitisch, rassistisch oder sonstige menschenverachtend motivierte Handlungen sind mit der Menschenwürdegarantie des Grundgesetzes unvereinbar und stehen dem Bekenntnis entgegen.

Mit umfasst ist damit auch die im Grundgesetz festgelegte Gleichberechtigung von Mann und Frau.

1.9. Bekenntnis zur besonderen historischen Verantwortung Deutschlands für die nationalsozialistische Unrechtsherrschaft und ihre Folgen, insbesondere für den Schutz jüdischen Lebens, sowie zum friedlichen Zusammenleben der Völker und dem Verbot der Führung eines Angriffskrieges

Mit dem Bekenntnis werden elementare in der Bundesrepublik Deutschland geltende Grundsätze abgebildet. Die Einbürgerungsbehörde hat sich zu vergewissern, dass deren Inhalt tatsächlich verstanden und verinnerlicht wurde.

2. Loyalitätserklärung: Keine Verfolgung oder Unterstützung extremistischer Bestrebungen

Sie müssen wahrheitsgemäß erklären, dass Sie keine extremistischen Bestrebungen verfolgen oder unterstützen oder dies früher auch nicht getan haben; andernfalls müssen Sie glaubhaft machen, dass Sie sich von früheren Bestrebungen abgewandt haben.

2.1 Schutz vor extremistischen Bestrebungen

Bestrebungen sind politisch bestimmte Verhaltensweisen, die auf ein bestimmtes Ziel, wie etwa die Beeinträchtigung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, gerichtet sind. Einbürgerungsschädlich ist die Verfolgung oder Unterstützung von Bestrebungen gegen folgende besonders geschützte Rechtsgüter:

- **Freiheitliche demokratische Grundordnung**

Mit Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung sind Ziele und Aktivitäten gemeint, die den Kern der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland beschädigen oder die Verfassung insgesamt beseitigen wollen.

- **Bestand des Bundes oder eines Landes**

Aktivitäten gegen den Bestand des Bundes oder eines Landes liegen dann vor, wenn die staatliche Einheit beseitigt werden oder ein zu ihm gehörendes Gebiet abgetrennt werden soll.

- **Sicherheit des Bundes oder eines Landes**

Bestrebungen gegen die Sicherheit des Bundes oder eines Landes liegen dann vor, wenn die Funktionsfähigkeit des Bundes oder eines Landes beeinträchtigt werden soll.

- **Schutz der Amtsführung der Verfassungsorgane oder ihrer Mitglieder**

Bestrebungen, die die Nötigung von Verfassungsorganen, z.B. des Bundespräsidenten, zum Ziel haben, fallen unter die Fallgruppe des Schutzes der Amtsführung der Verfassungsorgane.

- **Gefährdung der auswärtigen Belange der Bundesrepublik Deutschland**

Die auswärtigen Belange der Bundesrepublik Deutschland sind berührt, wenn von deutschem Boden zur Durchsetzung religiöser, politischer oder sonstiger Ziele Bestrebungen ausgehen, die gewaltsam die politischen Verhältnisse in einem ausländischen Staat verändern wollen oder die gegen das friedliche Zusammenleben der Völker gerichtet sind. Dadurch kann das friedliche Zusammenleben der Bundesrepublik mit einem anderen Staat oder das Verhältnis zu dessen Regierung beeinträchtigt werden. Die Gewalt muss nicht in Deutschland stattfinden, es können hier auch „nur“ die entsprechenden Vorbereitungen getroffen werden, um im Ausland gegen Nichtdeutsche gewaltsam vorzugehen. So reicht es aus, wenn eine politische Exilorganisation im Ausland Gewalt anwendet und in Deutschland durch Spenden, organisatorisch oder durch eine länger währende passive Teilnahme an Veranstaltungen unterstützt wird.

- **Antisemitisch, rassistisch, oder sonstige menschenverachtend motivierte Handlungen**

Jede antisemitische, rassistische, oder sonstige menschenverachtende Handlung ist mit der Menschenwürdegarantie des Grundgesetzes unvereinbar und steht dem Bekenntnis entgegen.

2.2 Merkmale extremistischer Bestrebungen

Extremistische Bestrebungen finden sich insbesondere in folgenden Erscheinungsformen

- **Extremistische Organisationen von Ausländern**

Das Spektrum ausländerextremistischer Organisationen in Deutschland umfasst linksextremistische, nationalistische, separatistische und islamistische Bestrebungen. Linksextremisten wollen in ihrem Heimatland die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung beseitigen und sie durch einen sozialistisch-kommunistischen Staat ersetzen. Die ideologischen Grundgedanken der Linksextremisten beruhen auf dem Marxismus-Leninismus sowie teilweise auf dem Maoismus. Nationalisten besitzen ein übersteigertes Nationalgefühl gegenüber anderen Völkern, auf die sie mit Geringschätzung und Verachtung herabsehen und die sie in entsprechender Weise beschimpfen. Für Nationalisten ergibt sich der Wert eines Menschen nur aus der Zugehörigkeit zu der eigenen, angeblich allen anderen Völkern überlegenen Nation. Separatisten streben nach der Loslösung und Unabhängigkeit ihrer Volksgruppe von dem Staat in ihrer Heimat. Islamisten missbrauchen die Religion des Islam gegenüber Angehörigen des eigenen Glaubens und gegenüber anderen, die sie als „Ungläubige“ bezeichnen (besonders Juden, Christen usw.). Islamisten sind der Ansicht, dass ihr Verständnis des Islam und von Staat und Gesellschaft das allein richtige ist. Islamisten wollen, dass sämtliche Bereiche des Lebens ausnahmslos von den Regeln der islamischen Religion beherrscht werden. Sie verneinen die gesetzlich vorgeschriebene Trennung von Staat und Religion in Deutschland. Manche Islamisten wollen die absolute Vorherrschaft der Religion mit Gewalt und Terror durchsetzen und sind bereit, für die Verwirklichung dieses Ziels Menschen zu töten.

- **Rechtsextremistische Organisationen**

Rechtsextremisten gehen von einer „biologischen“ Ungleichheit der Menschen aus. Sie teilen Menschen u.a. nach ihrem Aussehen, ihrem Geschlecht, ihrer Sprache, ihrer Herkunft, ihrer Zugehörigkeit zu einem Volk bzw. zu einer „Rasse“ (Hautfarbe) in verschiedene Gruppen ein. Diesen Gruppen sprechen Rechtsextremisten unterschiedliche Wertigkeiten zu und verneinen die für alle Menschen gültigen Menschenrechte. Besonders charakteristisch für Rechtsextremisten sind:

- Übersteigter Nationalismus gegenüber anderen Staaten und Völkern.
- Feindlichkeit bis hin zu Hass gegenüber Ausländern und Minderheiten.
- Judenfeindlichkeit (Antisemitismus).
- Das Fehlen von Toleranz gegenüber Fremden oder Andersdenkenden, was in Hass und Gewalt gegen andere Menschen umschlagen kann.
- Anstelle der freiheitlichen Demokratie in Deutschland wollen Rechtsextremisten die Diktatur einiger weniger Personen oder eines „Führers“ errichten.

- **Linksextremistische Organisationen**

Linksextremisten versuchen, eine klassenlose Gesellschaft zu errichten, in der es in Wirtschaft und Industrie keinen Privatbesitz mehr gibt. Kommunisten und manche Sozialisten streben die Machtübernahme der „Arbeiterklasse“ im Staat an, indem sie andere „Klassen“ der Gesellschaft bekämpfen und unterdrücken. Die Übernahme der Macht wollen Kommunisten in der Regel durch einen gewalttätigen Aufstand (Revolution) erzwingen. Anarchisten lehnen im Unterschied zu Kommunisten jede feste Form der Macht, d. h. staatliche Strukturen, ab. Autonome wollen „herrschaftsfreie Räume“ schaffen. Den Staat und seine Vertreter wollen sie mit Gewalt zerschlagen bzw. bekämpfen.

2.3 Verfolgung oder Unterstützung von extremistischen Bestrebungen

Unterstützung oder Verfolgung von extremistischen Bestrebungen ist auf vielfältige Weise möglich. Grundsätzlich gehört jede Aktivität dazu, die für die Bestrebung und ihre Ziele objektiv nützlich ist. Danach kommen insbesondere in Betracht:

- Funktionärstätigkeit in einer Organisation, die extremistische Bestrebungen verfolgt oder die von einer Organisation gesteuert wird, die entsprechende Bestrebungen verfolgt,
- aktive Mitgliedschaft in einer Organisation, die entsprechende Bestrebungen verfolgt;
- eigene extremistische Handlungen außerhalb von solchen Organisationen.

Unter einer „Organisation“ ist jeder Personenzusammenschluss zu verstehen. Es muss sich weder um einen Verein im Rechtssinne, noch um förmliche Mitgliedschaften handeln. Auch ein religiöser Zusammenschluss (z.B. Moschee-Verein) kann eine Organisation darstellen. „Eigene Handlungen“ können z.B. die Teilnahme an Demonstrationen oder Spenden (auch Spendensammlungen) zugunsten der genannten Organisationen darstellen.

2.4 Abwendung von einer früheren Verfolgung oder Unterstützung extremistischer Bestrebungen

Eine Abwendung liegt vor, wenn frühere Bestrebungen nicht mehr verfolgt werden. Es muss glaubhaft gemacht werden, dass dies auf einer Änderung der inneren Einstellung beruht. Die Abwendung setzt daher zunächst voraus, dass die Verfolgung oder Unterstützung extremistischer Bestrebungen eingeräumt und nicht bestritten werden. Des Weiteren ist ein individueller Lernprozess darzutun, der dem Verzicht auf frühere Bestrebungen vorauszugehen hat. Der bloße Austritt aus einem Verein reicht in der Regel nicht aus, insbesondere dann nicht, wenn er in einem zeitlichen Zusammenhang mit dem Einbürgerungsbegehren steht.

2.5 Unterzeichnung der Loyalitätserklärung

- Sofern Sie keine extremistischen Bestrebungen verfolgen oder unterstützen oder verfolgt oder unterstützt haben, unterzeichnen Sie bitte die **Loyalitätserklärung in Abschnitt 3.1**.
- Haben Sie extremistischen Bestrebungen früher verfolgt oder unterstützt, sich inzwischen aber abgewendet, unterzeichnen Sie bitte die **Loyalitätserklärung in Abschnitt 3.2** und machen Sie Angaben, aus denen Ihre Abwendung ersichtlich wird.
- Sind Sie im Zweifel, ob bestimmte Aktivitäten, die Sie verfolgen oder unterstützen oder verfolgt oder unterstützt haben, als Verfolgung oder Unterstützung extremistischer Bestrebungen anzusehen sind, geben Sie bitte die **Loyalitätserklärung in Abschnitt 3.3** ab und machen Sie die dort erbetenen Angaben.

Bitte bemühen Sie sich im eigenen Interesse um eine sorgfältige und wahrheitsgemäße Abgabe der erforderlichen Erklärung. Vorsätzlich unrichtige oder unvollständige Angaben führen zu einer Ablehnung Ihres Antrags; bei bereits vollzogenen Einbürgerungen wird die Rücknahme geprüft. Außerdem sind vorsätzlich unrichtige oder unvollständige Angaben mit einer Freiheitsstrafe von bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bedroht.

3. Feierliches Bekenntnis

Vor Aushändigung der Einbürgerungsurkunde ist das feierliche Bekenntnis persönlich in der Einbürgerungsbehörde abzugeben:

„Ich erkläre feierlich, dass ich das Grundgesetz und die Gesetze der Bundesrepublik Deutschland achten und alles unterlassen werde, was ihr schaden könnte.“

Das in die Zukunft gerichtete Versprechen setzt voraus, dass Sie sich der Bedeutung und Tragweite des feierlichen Bekenntnisses bewusst sind.

4. Fragen

richten Sie bitte vertrauensvoll an die für Sie zuständige Staatsangehörigkeitsbehörde.

Ich bestätige, dass mir eine Fertigung dieses Merkblatts ausgehändigt worden ist.

Ort, Datum	Unterschrift
------------	--------------

Ich habe dazu **keine Fragen**

Ort, Datum	Unterschrift
------------	--------------

oder

Ich habe Fragen und bitte um ein Gespräch.

Ort, Datum	Unterschrift
------------	--------------

Bekennnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung und zur besonderen historischen Verantwortung Deutschlands für die nationalsozialistische Unrechtsherrschaft und ihre Folgen; Loyalitätserklärung

Familienname, Vorname/n	Geburtsdatum und -ort
-------------------------	-----------------------

1. Bedeutung des Bekenntnisses

Das Staatsangehörigkeitsgesetz verlangt als Voraussetzung für jede Einbürgerung ein Bekenntnis zur **freiheitlichen demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes sowie zur besonderen historischen Verantwortung Deutschlands für die nationalsozialistische Unrechtsherrschaft und ihre Folgen**. Nähere Ausführungen enthält das beigefügte **Merkblatt zur Verfassungstreue und Absage an alle Formen des Extremismus**. Durch das Bekenntnis soll Ihre Hinwendung zur Werteordnung der Bundesrepublik Deutschland dokumentiert werden.

1.1 Inhalt des Bekenntnisses

Ich bekenne mich zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland. Insbesondere erkenne ich an:

- das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl zu wählen,
- die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetz und Recht, das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition,
- die Ablösbarkeit der Regierung und ihre Verantwortlichkeit gegenüber der Volksvertretung,
- die Unabhängigkeit der Gerichte,
- den Ausschluss jeder Gewalt- und Willkürherrschaft,
- die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte und
- dass antisemitische, rassistische oder sonstige menschenverachtend motivierte Handlungen, mit der Menschenwürdegarantie des Grundgesetzes unvereinbar sind und dem Bekenntnis entgegenstehen,
- die besondere historische Verantwortung Deutschlands für die nationalsozialistische Unrechtsherrschaft und ihre Folgen, insbesondere den Schutz jüdischen Lebens, sowie
- das friedliche Zusammenleben der Völker und das Verbot der Führung eines Angriffskriegs.

Ich bestätige, dass ich das Merkblatt sowie Inhalt und Bedeutung des Bekenntnisses verstanden habe und dass meine Erklärung meiner inneren Überzeugung entspricht.

Unterschrift zu 1.

Ort, Datum	Unterschrift
------------	--------------

2. Inhalt und Bedeutung der Loyalitätserklärung

2.1 Keine Einbürgerung bei extremistischen Bestrebungen!

Wer extremistische Bestrebungen selbst verfolgt oder derartige Aktivitäten anderer unterstützt, kann nicht eingebürgert werden. Dies gilt auch, wenn die Verfolgung oder Unterstützung zeitlich zurückliegt, es sei denn, es kann eine Abwendung von der Bestrebung glaubhaft gemacht werden. Eine kurze Erläuterung der extremistischen Bestrebungen findet sich in dem beigefügten **Merkblatt**.

2.2 Bedeutung der Loyalitätserklärung

Meine Erklärung zu extremistischen Bestrebungen dient der Ermittlung des Sachverhalts, der der Bearbeitung meines Einbürgerungsantrags zugrunde gelegt wird. Ich bin verpflichtet, wahrheitsgemäße und vollständige Angaben zu machen; sie werden ggf. dem Landesamt für Verfassungsschutz übermittelt, um den Wahrheitsgehalt meiner Angaben zu überprüfen. Falls ich mich in einer Art und Weise betätigt haben sollte, bei der ich nicht sicher bin, ob ich damit extremistische Bestrebungen verfolgt oder unterstützt habe, teile ich dies ebenfalls mit und kennzeichne die Information als zweifelhaft. Mir ist bekannt, dass vorsätzlich unrichtige oder unvollständige Angaben zur Ablehnung meines Antrags, für den Fall einer bereits vollzogenen Einbürgerung zur Prüfung einer Rücknahme meiner Einbürgerung führen können und dass sie darüber hinaus mit einer Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bedroht sind. Ich habe daher meine Erklärung zu extremistischen Bestrebungen mit Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit vorbereitet und gebe sie in diesem Sinne ab.

2.3 Den Inhalt und die Bedeutung der Erklärung zu extremistischen Bestrebungen einschließlich des Merkblatts habe ich verstanden. Ich gebe auf dieser Grundlage folgende Erklärung ab; für mich trifft zu,

2.3.1 dass ich derzeit **keine** extremistischen Bestrebungen verfolge oder unterstütze oder in der Vergangenheit verfolgt oder unterstützt habe
(weiter mit Nr. 3.1)

2.3.2 dass ich früher derartige Bestrebungen verfolgt oder unterstützt habe, mich aber **inzwischen abgewandt** habe
(weiter mit Nr. 3.2)

2.3.3 dass ich **Zweifel** habe, ob ich extremistische Bestrebungen verfolge oder unterstütze oder verfolgt oder unterstützt habe
(weiter mit Nr. 3.3).

3. Meine Erklärung zu extremistischen Bestrebungen

3.1 Keine Verfolgung oder Unterstützung extremistischer Bestrebungen (zu Nr. 2.3.1)

Ich erkläre, dass ich derzeit keine Bestrebungen verfolge oder unterstütze oder in der Vergangenheit verfolgt oder unterstützt habe, die

- gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder
- eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes oder ihrer Mitglieder zum Ziel haben oder
- durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden.

Ich bestätige, dass ich Gelegenheit hatte, Fragen zu stellen, dass ich das Merkblatt sowie Inhalt und Bedeutung dieser Erklärung verstanden habe; ich versichere, dass ich meine Erklärung zu extremistischen Bestrebungen hiermit nach bestem Wissen und Gewissen wahrheitsgemäß und vollständig abgebe.

Entweder 3.1, 3.2 oder 3.3 unterschreiben. NICHT alle drei Punkte unterschreiben!

Ort, Datum	Unterschrift
------------	--------------

3.2 Abwendung von einer früheren Verfolgung oder Unterstützung extremistischer Bestrebungen (zu Nr. 2.3.2)

Ich erkläre, dass ich

Zeitraum Von	Bis
-----------------	-----

extremistische Bestrebungen verfolgt oder unterstützt habe. Es handelt sich dabei um folgende Aktivitäten (bei Platzmangel gesondertes Blatt anfügen):

Ich erkläre weiter, dass ich mich hiervon seit

Zeitpunkt

gelöst habe; zur Glaubhaftmachung meiner Abwendung gebe ich Folgendes an und überreiche dazu folgende Belege (bei Platzmangel gesondertes Blatt anfügen):

Ich erkläre, dass ich keine Bestrebungen verfolge oder unterstütze, die

- gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder
- eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes oder ihrer Mitglieder zum Ziel haben oder
- durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden.

Von der früheren Verfolgung oder Unterstützung derartiger Bestrebungen habe ich mich abgewandt.

Ich bestätige, dass ich Gelegenheit hatte, Fragen zu stellen, dass ich das Merkblatt sowie Inhalt und Bedeutung dieser Erklärung verstanden habe; ich versichere, dass ich meine Erklärung zu extremistischen Bestrebungen hiermit nach bestem Wissen und Gewissen wahrheitsgemäß und vollständig abgebe.

Entweder 3.1, 3.2 oder 3.3 unterschreiben. NICHT alle drei Punkte unterschreiben!

Ort, Datum	Unterschrift
------------	--------------

3.3 Zweifel an der Verfolgung oder Unterstützung extremistischer Bestrebungen (zu Nr. 2.3.3)

Ich habe folgende Bestrebungen verfolgt oder unterstützt oder verfolge oder unterstütze sie noch immer, bei denen ich nicht sicher bin, ob es sich um extremistische Bestrebungen handelt (bei Platzmangel gesondertes Blatt anfügen):

Ich bestätige, dass ich Gelegenheit hatte, Fragen zu stellen, dass ich das Merkblatt sowie Inhalt und Bedeutung dieser Erklärung verstanden habe; ich versichere, dass ich meine Erklärung zu extremistischen Bestrebungen hiermit nach bestem Wissen und Gewissen wahrheitsgemäß und vollständig abgebe.

Entweder 3.1, 3.2 oder 3.3 unterschreiben. NICHT alle drei Punkte unterschreiben!

Ort, Datum	Unterschrift
------------	--------------

4. Bearbeitungsvermerk der Staatsangehörigkeitsbehörde

Die vorstehende Erklärung ist

- in meiner Gegenwart von dem/der Antragsteller/in unterzeichnet worden,
- schriftlich eingereicht worden.

Der/Die Antragsteller/in hatte Gelegenheit, Fragen zu stellen.

- Fragen sind nicht gestellt worden.
- Fragen sind gestellt und beantwortet worden (gegebenenfalls gesondertes Blatt anfügen).

Ort, Datum	Unterschrift
------------	--------------

Arbeitgeberbescheinigung zur Einbürgerung des/der

Familiename, Vorname des/der Mitarbeiters/Mitarbeiterin

Sehr geehrte Damen und Herren,

Einbürgerungsvoraussetzung ist u. a., dass der Einbürgerungsbewerber/die Einbürgerungsbewerberin den Lebensunterhalt aus eigenen Mitteln bestreiten kann.

Die nachstehende Bestätigung bitten wir daher ausgefüllt, mit Firmenstempel und Unterschrift versehen, Ihrem Mitarbeiter/Ihrer Mitarbeiterin zur Vorlage bei der Einbürgerungsbehörde auszuhändigen.

Vielen Dank für Ihre Mühe.

Die Staatsangehörigkeitsbehörde der Stadt Mannheim

Zutreffendes bitte ankreuzen bzw. ergänzen

Bestätigung

Wir bestätigen, dass das Arbeitsverhältnis mit dem/der Obengenannten
seit _____ mit _____ Stunden/Woche in Vollzeit/ Teilzeit mit
besteht und

weiterhin unbefristet ist.

nur bis zum _____ befristet abgeschlossen wurde.

Probezeit beendet noch bis _____.

Monatlicher Verdienst:

_____ Euro brutto

_____ Euro netto

Datum, Firmenstempel und Unterschrift

Vollständige und richtige Angaben im Einbürgerungsverfahren

Familienname, Vorname des Einbürgerungsbewerbers / der Einbürgerungsbewerberin

Wer unrichtige oder unvollständige Angaben zu wesentlichen Voraussetzungen der Einbürgerung macht wird gemäß **§ 42 Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG)** mit Freiheitsstrafe bis zu 5 Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

Bitte füllen Sie daher den Antragsvordruck **sorgfältig, gewissenhaft** und vor allem **vollständig** aus.

Bitte achten Sie in Ihrem eigenen Interesse insbesondere darauf, **alle** gegen Sie ergangenen strafrechtlichen Verurteilungen und Ermittlungsverfahren aufzuführen.

Zu Ihrer eigenen Sicherheit führen Sie auch diejenigen Verurteilungen auf, die schon länger in der Vergangenheit zurückliegen.

Ich wurde mit diesem Schreiben auf die strafrechtlichen Folgen etwaiger Falschangaben oder unvollständiger Angaben im Einbürgerungsverfahren hingewiesen.

Hiermit bestätige ich diesen Hinweis zur Kenntnis genommen zu haben:

Datum

Unterschrift Einbürgerungsbewerber/in

Erklärung zur Bestreitung des Lebensunterhaltes

Familienname, Vorname des Einbürgerungsbewerbers/der Einbürgerungsbewerberin

Hiermit erkläre ich, dass ich den Lebensunterhalt für mich und meine unterhaltsberechtigten Familienangehörigen ohne Inanspruchnahme von Leistungen nach dem zweiten Buch Sozialgesetzbuch – SGB II (Bürgergeld, Grundsicherung für Arbeitssuchende) oder Leistungen nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch -SGB XII (Sozialhilfe) bestreiten kann.

HINWEIS: Wer unrichtige oder unvollständige Angaben zu wesentlichen Voraussetzungen der Einbürgerung macht wird gemäß § 42 Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG) mit Freiheitsstrafe bis zu 5 Jahren oder mit Geldstrafe bestraft

Datum:

Unterschrift Einbürgerungsbewerber/in
